Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 220. Donnerstag den 8. August 1889. 83. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Um die in neuerer Zeit immer mehr in Aufnahme kommende Verwendung des Gases zum Kochen, Braten u. s. w. auch hier zu erleichtern, ist unsere Ausstellung von Gasverbrauchs-Gegenständen am Nicolai-Kirchhof mit Auftrag versehen worden, gute Gaskochherde probe- und miethweise abzugeben. Nähere beziehliche Auskunft wird in der genannten Ausstellung, sowie in der Geschäftsstelle der Gasanstalten, Nitzerstraße 6, ertheilt.

Leipzig, den 5. August 1889.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Ausschreibung.

Für den Neubau des Polizeigebäudes hierselbst sollen
1) die **Glaser-Arbeiten** und
2) die **Gasleitungs-Arbeiten**
vergeben werden.

Arbeitsverzeichnisse und Bedingungen können im Baubureau, Wächterstraße, gegen Erlegung von je 1,00 ℳ entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
Neubau Polizeigebäude
„Glaser-Arbeiten, bez. Gasleitungs-Arbeiten"
bis zum 17. August a. c., Nachmittags 5 Uhr, bei unserer Hochbauverwaltung, Rathhaus 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5 portofrei einzureichen.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern, bezw. auch die Theilung der Arbeiten, sowie Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 1. August 1889.

Th. 3398. **Des Raths der Stadt Leipzig Baudeputation.**

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer 40 cm weiten Thonrohrschleuse, sowie einer Wöhlschleuse 3. Classe in der Feld- bez. Chausseestraße im Stadtbezirk Leipzig-Reudnitz soll verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Beziehliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Schleusenbau in der Feld- und Chausseestraße zu Leipzig-Reudnitz"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 12. dss. Mts. Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bietern, sowie das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 1. August 1889.

Th. 3848. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbaudeputation.**

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß

Herr Ingenieur **Curt Hollatz**, Johannesplatz 24,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 5. August 1889.

X. 4855. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Trendlin. Rühl.

Der Proceß gegen Boulanger.

Heute beginnt das Hauptverfahren gegen Boulanger vor dem Staatsgerichtshof. Die Aussichten für den Angeklagten sind schlecht, und daß sie schlecht sind, gesteht Boulanger selbst durch die Veröffentlichung einer umfangreichen Vertheidigungsschrift zu. Es ist wahr, daß die Voruntersuchung übermäßig lange gedauert hat, aber sie scheint doch wirklich einiges Material gesammelt zu haben, was sich zum Zweck der Anklage verwerthen läßt. Mit Dem, was die Anklage hinsichtlich des Anschlages gegen die Sicherheit des Staates und wegen Complots bringt, dürfte es nicht viel auf sich haben, in dieser Beziehung muß die in der Bevölkerung vorhandene Stimmung das Beste thun und diese Stimmung ist Boulanger heute nicht mehr so günstig als zur Zeit der Pariser Wahl. Damals stand sein Stern im Zenith, heute ist er fast vollständig erblichen, die Generalrathswahlen haben Boulanger den Rest seiner Volkstümlichkeit gekostet. Boulanger sieht heute selbst ein, daß hochtönende Redewendungen nicht mehr genügen, um Eindruck auf die öffentliche Meinung zu machen, und deshalb geht er auf die Sache selbst ein, er läßt sich herbei, die Anklage Punct für Punct zu entkräften.

Was er sagt, wird zum Theil Aufsehen erregen, aber die Veröffentlichung ist nicht rechtzeitig geschehen, nach den Generalrathswahlen ist Alles, was Boulanger thut, um sich rein zu waschen, verlorene Mühe, das Volk, an welches er sich wendet, hat sein Urtheil bereits gesprochen und das lautet auf schuldig der Flucht, veranlaßt durch Furcht vor eingebildeten Gefahren und durch ein schlechtes Gewissen. Das haben auch die ihm am nächsten stehenden Anhänger herausgefühlt, denn sie haben ihn aufgefordert, sich dem Gerichtshof persönlich zu stellen, um seine Vertheidigung selbst zu führen. Laguerre, Arthur Meyer und Deroulede erklärten einstimmig, daß die Sache, für welche sie bisher gekämpft hätten, auf dem Spiele stehe und daß deshalb zu einem außerordentlichen Mittel gegriffen werden müsse, um den verlorenen Boden wieder zu gewinnen. Aber Boulanger blieb taub gegen ihre Vorstellungen, ihm ist seine persönliche Sicherheit mehr werth, als die Wiederherstellung seines Rufes, er will sich nicht der Gefahr einer Verurtheilung mit ihren Folgen für seine Person aussetzen, besonders nachdem ihn die Wähler so vollständig im Stich gelassen haben. Er selbst giebt seine Sache verloren, aber getreu seinem bisherigen Verhalten will er seinen Fall lieber aus sicherer Ferne beobachten, als mit Ehren untergehen.

Boulanger versucht es jetzt damit, seine militairische Befähigung ins glänzendste Licht zu setzen. Er rühmt sich, daß es ihm gelungen sei, sich während einer Nacht in den Besitz der geheimen Papiere des Militairattachés einer Großmacht zu setzen und die Spionenliste und die Entwürfe zu Berichten an die Regierung des Attachés daraus zu copiren. Bekanntlich bemerkte der Militairattaché der deutschen Botschaft in Paris zu der Zeit, als Boulanger seinen jetzt enthüllten Streich ausführte, daß sein Schreibtisch erbrochen sei, also wird er schon damals gewußt haben, wie die französische Regierung hinter seine Geheimnisse gekommen ist. Die Spionenliste ist offenbar ein ausschmückender Zusatz Boulanger's, um bei seinen Landsleuten Eindruck zu machen, denn man hat nichts von der Verfolgung der auf der Liste stehenden angeblichen Spionen gehört, die doch sicher nicht ausgeblieben wäre, wenn die Enthüllung Boulanger's auf Wahrheit beruhte.

Weniger klar ist, was Boulanger über die dem „Avenir National" gezahlten Beträge angiebt. Er spricht von Beziehungen zu auswärtigen Socialisten, die er beim Ausbruch eines Krieges an der Hand haben wollte. Was damit gemeint ist, werden die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof ergeben. Jedenfalls wollte Boulanger mit diesen Enthüllungen zeigen, was das französische Heer an ihm verloren hat. Er war und ist der berufene Führer der französischen Armee im Kriege der Zukunft, und ihn hat man durch seine Ausschließung aus der Armee die Möglichkeit entzogen, sein Genie und seine Erfahrungen für das Vaterland ausbringend zu machen. Was wollen alle heimlichen Untersuchungen über den Verbleib von Geldern im Vergleich mit dieser schwerwiegenden Thatsache besagen? Das etwa mag der Gedankengang Boulanger's gewesen sein, als er seine Enthüllungen veröffentlichte.

Boulanger hat bekanntlich immer geheuchelt, daß er der Aufrechthaltung des Friedens zugethan sei, ebenso wie er bemüht gewesen ist, seine Verbindungen mit der conservativen Partei als Verleumdung hinzustellen. Aus seiner Entgegnung auf die Anklageschrift ist ersichtlich, daß er den Krieg stets als das alleinige Ziel der französischen Politik betrachtet und danach seine Maßregeln getroffen hat. Wenn es nach Boulanger gegangen wäre, dann hätte Frankreich zur Zeit der Schnäbele-Angelegenheit losgeschlagen, die Vorbereitungen dazu waren geschehen, aber die Ausführung dieser Absicht scheiterte an der Besonnenheit einiger Minister und an der Abneigung Grevy's, sich auf ein solches Wagniß mit zweifelhaftem Ausgang einzulassen.

Aus der gegenwärtigen Sachlage ist klar ersichtlich, daß Boulanger mit seiner Weisheit zu Ende ist, daß er den Kopf verloren hat und von Thorheit zu Thorheit fortschreitet, um dem Schicksal zu entgehen, was er sich durch seine Flucht selbst bereitet hat. Wahrscheinlich ist Frankreich durch diesen unbedachten Schritt vor schwerer Verwirrung bewahrt worden, die unausbleiblich war, wenn Boulanger verhaftet wurde. Das wäre ein offenbarer Gewaltact gewesen, für welchen die Regierung verantwortlich gemacht worden wäre, und seine Anhänger haben auch während der Abwesenheit ihres Führers gezeigt, daß sie für seine Sache einzustehen entschlossen waren. Heute ist die Lage gänzlich verändert, heute haben die Bonapartisten eingesehen, daß Boulanger nicht der Mann ist, um für ihr Emporkommen als Bahnbrecher zu dienen. Dazu ist vor allen Dingen Kühnheit und Entschlossenheit erforderlich und diese hat Boulanger seit dem Tage seiner Flucht, den 2. April, verleugnet.

Es läßt sich Schritt für Schritt verfolgen, wie es seitdem mit dem Boulangismus abwärts gegangen ist, wie die Regierung trotz nicht eben geschickten Vorgehens mehr und mehr Boden gewonnen, und wie sich die öffentliche Meinung allmälig von Boulanger abgewendet hat. Selbst die Beschuldigungen gegen den Minister Constans, die offenbar nicht grundlos sind, haben ihre Wirkung verfehlt, der Minister des Innern steht heute fester denn je, und seine Meinung, daß die Wahlen erst nach der Beendigung des Processes gegen Boulanger vorzunehmen sind, hat die Oberhand behalten. Mag die Verurtheilung Boulanger's durch den Staatsgerichtshof auch auf sehr schwachen Füßen stehen und sehr anfechtbar sein, sie wird trotzdem erfolgen und dann wird das Kriegsgericht die moralische Vernichtung Boulanger's vollenden. Nach der Verurtheilung ist er nicht mehr wählbar und keine Hand wird sich erheben, um ihm in seiner Bedrängniß zu helfen. Boulanger gehört zu den häufig vorkommenden schwankenden Naturen, die, so lange ihnen das Glück treu bleibt, große Thatkraft entfalten, sobald aber ein widriger Zwischenfall eintritt, den Kopf verlieren und dadurch Alles, was sie erreicht haben, preisgeben. Mit der Flucht nach Brüssel war die Rolle Boulanger's ausgespielt, wenn ihm auch noch eine Frist gegeben war, den begangenen schweren Fehler wieder gut zu machen. Daß es so gekommen, wie geschehen, ist ein Glück für Frankreich und wahrscheinlich auch für den Weltfrieden.

Leipzig, 8. August.

* Als ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel der oberflächlichen Art, wie seitens der grundsätzlichen Opposition Kritik an Regierungshandlungen geübt wird, mag Folgendes dienen. In dem Bericht über die Ergebnisse des Reichshaushalts für das Etatsjahr 1888/89 ist gesagt, daß beim Etat des Auswärtigen Amtes Mehrausgaben von 1 372 000 ℳ erforderlich waren, wovon 800 000 ℳ auf die mittelst Gesetzes vom 2. Februar d. J. (Reichs-Gesetzblatt Seite 3) bewilligten Kosten der Maßregeln zur Unterdrückung des Sclavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika. Anstatt daß so ein Kritikaster sich das hier angezogene Gesetz und die bezügliche Position des Nachtragsetats erst aufsucht und dann seiner Weisheit freien Lauf gönnt, schreibt er Folgendes: „Damit — das heißt durch die hier mitgetheilte Thatsache der Verausgabung von 800 000 ℳ für die Wißmann-Expedition — wird also amtlich bestätigt, daß die Kosten schon bei Abgang der Wißmann-Expedition die bewilligte Summe weit überschritten." Das imponirt dem Leser sicherlich gewaltig — obschon es vollständig falsch ist. In dem Nachtragsetat, welcher dem Reichstage unterm 12. März 1889 zuging, war bekanntlich im Nachtrage zum Etat für das Auswärtige Amt unter Capitel 2 Titel 7 — einmalige Ausgaben — die Summe von 1 200 000 ℳ für Maßregeln zur Unterstützung des Sclavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika eingestellt. In den Erläuterungen zu diesem Posten heißt es wörtlich: „Von der durch das Gesetz vom 2. Februar 1889 für Maßregeln zur Unterdrückung des Sclavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika zur Verfügung gestellten Summe bis zur Höhe von 2 Millionen Mark werden voraussichtlich etwa 800 000 ℳ noch im Etatsjahr 1888/89 verausgabt und außeretatsmäßig verrechnet werden." Nun erschienen diese vom Reichstage längst bewilligten 800 000 ℳ in der amtlichen Publication über die Ergebnisse des Etatsjahres 1889, und die gelehrten Kritikaster wissen nicht einmal, daß sie hier den Theilbetrag der für den Zweck der Wißmann-Expedition bis zur Höhe von 2 000 000 ℳ gesetzmäßig bewilligten Summe vor sich haben, und daß, da dieser Theilbetrag nicht im Etat aufgeführt war, er deshalb auch als Mehrausgabe erscheinen und außeretatsmäßig verrechnet werden muß.

* Im Orientalischen Seminar haben am Sonnabend die Diplom-Prüfungen begonnen, über welche der „Reichsanzeiger" vor einigen Wochen einen Erlaß veröffentlichte. Nach dem bei Errichtung des Seminars aufgestellten Programm dauert der Cursus für das Chinesische 6—8 Semester, für das Japanische 6 Semester, für Hindustanisch, Arabisch, Persisch und Türkisch je 4 und für Suaheli 2 Semester. Da die Eröffnung des Seminars mit dem Beginne des Wintersemesters an der Universität 1887 erfolgte, so sind jetzt die ersten 4 Semester verflossen und am Sonnabend hat die Prüfung im Türkischen stattgefunden, an welche sich diejenige im Arabischen anschließt und dann die im Persischen und Hindustani. Von den im Seminar gelehrten Sprachen treten nach und nach zwei in den Vordergrund, nämlich das Suaheli und das Chinesische. Das Suaheli, welches im engsten Zusammenhange mit dem Arabischen steht, kommt selbstverständlich dadurch in Frage, daß ein sehr großer Theil des Suaheligebiets unter deutschem Schutze steht, wohin zahlreiche Deutsche sowohl in amtlichen, als in privatem Auftrage Jahr aus Jahr ein ihren Weg nehmen müssen; die Kenntniß der Landessprache ist für Alle ein dringendes Bedürfniß. Das Chinesische wird von vielen jungen Leuten, welche nicht die amtliche Laufbahn einschlagen wollen, gehört, da zwischen Deutschland und China lebhafte Handelsverbindungen bestehen. Es sind schon fünf Schüler des Seminars, welche geschäftlichen Kreisen angehören, nach China abgegangen, um dort Stellungen in europäischen Häusern einzunehmen. In Bezug auf das Hindustani hat man andere Erfahrungen gemacht; zunächst wird das eigentliche Hindustani in dem großen als Indien bezeichneten Ländergebiete nur von 30—34 Millionen Menschen gesprochen (also nicht viel über 10 Proc. der Gesammtbevölkerung), dann aber hat sich herausgestellt, daß doch die Beziehungen Deutschlands dahin sehr gering sind. Das Bedürfniß, sich diese Sprache anzueignen, ist daher bei uns kaum vorhanden. Dem zu Folge ist der Besuch des Hindustani-Unterrichts sehr schwach.

* Zur Marinebestechungs-Angelegenheit erfahren die „Hamburger Nachrichten", daß außer Pannecke's Verhaftung noch die Verhaftung einer ganzen Anzahl von Verwaltungsbeamten stattgefunden hat und daß noch andere Sachen, außer der Teakholzangelegenheit, Gegenstand der augenblicklichen Untersuchung bilden. Im Uebrigen enthielten die ersten Berichte über die Teakholzsache starke Uebertreibungen; Differenzen bezüglich der Quantitäten des in England gekauften Holzes seien allerdings nachgewiesen; aber von dem Verschwinden einer ganzen Schiffsladung könne keine Rede sein. — Wie einem Blatt aus Hamburg gemeldet wird, sollen in der Angelegenheit auch die Geschäftsbücher einer dortigen Tuch-Exportfirma beschlagnahmt sein.

* Zur Rede des Prinzen Ludwig schreibt die „Nationalliberale Correspondenz":

In Bayern selbst, namentlich in denjenigen Kreisen, die noch heute in den Abderitenschuhen des großdeutschen Particularismus und des Preußentodes stecken, hat die Rede des Prinzen Ludwig einen sehr nachhaltigen Eindruck hervorgerufen. Man ist auf „patriotischer" Seite augenscheinlich überrascht, gerade von dieser Seite aus ein so unumwundenes Bekenntniß zu Kaiser und Reich vernehmen zu müssen, und sucht nun sich damit abzufinden, so gut oder schlecht es eben gehen mag. „Im Anklagen seid höchst munter. Legt Ihr nicht aus, so legt nur unter", läßt sich Herr Dr. Ratzinger gesagt sein. Wie wir aus der „Germania" ersehen, hat er jenes herrliche und unvergängliche Denkmal nationaler Gesinnung und deutscher Bundestreue mit so getrübter Brille betrachtet, daß er im Stande ist, seinen Parteigenossen zu versichern, der künftige Thronerbe in Bayern werde nicht nur als ein neuer Ludwig I der Kirche wieder zu ihrem Rechte verhelfen, sondern vor allen Dingen auch dem Ministerium Lutz den Garaus machen. Herr Dr. Ratzinger mag sich von Stuart Cumberland zu solcher vollendeten Kunst des Gedankenlesens beglückwünschen lassen. Ernsthaft betrachtet, ist es interessant, wie der Ultramontanismus seine Hoffnungen auf die Wittelsbacher immer wieder vertagen muß. Schon das Prinz-Regenten-Jubiläum glaubte man ganz sicher zu sein. Jetzt muß man lange vermuthlich schon erfahren, daß nicht einmal dessen Nachfolger jene Hoffnungen erfüllen wird, — Hoffnungen, die ein deutscher Bundesfürst eben nicht erfüllen kann. Der Schmerz des bayerischen „Patriotenthums" ist so erklärlich. Wenn man aber darin eine Linderung zu finden hoffte, daß Prinz Ludwig bereits wenigstens mit dem System Lutz brechen werde, so läßt sich nur sagen, daß auch diese Hoffnung zu Schanden werden muß. Das Hauptverdienst des Herrn v. Lutz und seiner Collegen besteht eben gerade in der Befolgung jener Grundsätze, die der Prinz als für sich maßgebend bezeichnet hat. Die Träger dieses Systems werden sich ohnedies, das System selbst wird bleiben. Treu zum Reiche halten, ist Bayern seinen Bundespflichten in jeder Hinsicht gerecht geworden und wird anerkennen, daß es treue Wächter und Hüter der ihm zustehenden Rechte allerdings im Reiche gefunden hat. Auf diese Weise ist es dem Ministerium Lutz gelungen, das Königreich Bayern ohne innere Störung in die neuen Zustände überzuführen, ebenso wie es vermocht hat, die Rechte des Staates gegenüber der Kirche zu wahren und doch den religiösen Frieden aufrecht zu erhalten. Die Worte des Prinzen Ludwig lassen aber nur vermuthen, daß dieses System Lutz, wie es das Vertrauen des gegenwärtigen Regenten gewonnen hat, auch bei dessen Sohn volles Verständniß und völlige Unterstützung finden wird.

* * *

* Aus Linz wird gemeldet, daß die 8000 Joch umfassende Religionsfonds-Herrschaft Clam durch Kauf in das Eigenthum des Fürsten Schaumburg-Lippe übergegangen ist. Man erinnert sich noch daran, daß diese Besitzübertragung den Gegenstand vielfacher Verhandlungen im Reichsrathe bildete. Schon im November vorigen Jahres sollte der Kauf perfect werden. Die Bevölkerung der betreffenden Gegend that alle Schritte, um den Verkauf zu hintertreiben. Eine Deputation, bestehend aus dem Landeshauptmann von Oberösterreich, dem Präsidenten der Kremsthalbahn und dem Obmann-Stellvertreter der Kirchdorfer-Micheldorfer Sensengewerks-Genossenschaft, wendete sich deshalb an den Kaiser. Die Deputation sprach auch beim Ministerium vor, sie machte geltend, daß die Gefahr nahe läge, der Käufer werde das ganze Gebiet zu einem Jagdrevier umwandeln, die landwirthschaftlichen Arbeiter würden ihren Erwerb verlieren, die Bauern allmälig aus ihrem Besitz verdrängt und der Verfehr der Gegend gehemmt werden. Eine solche unglückliche Entwickelung solle die Regierung nicht durch den Verkauf dieses Religionsfondsgutes herbeiführen, kurz nachdem sie sich gerühmt hatte, durch die Schaffung des bäuerlichen Anerbenrechts dem Bauernstande helfen zu wollen. Der Gegenstand kam dann im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses zur Sprache, wo die Abgeordneten Dr. Herbst und Dr. Bareuther für die Verhinderung des Verkaufes eintraten. Minister Dr. v. Gautsch erklärte damals, er kenne die Beschwerden, welche die Deputation vorgebracht habe, sei aber noch nicht in der Lage gewesen, sich über den Verkauf amtlich zu äußern; gegebenenfalls, fügte der Minister bei, werde die Regierung bestrebt sein, die Interessen des Religionsfonds mit den allgemeinen Interessen thunlichst in Einklang zu bringen. Inzwischen ist der Kauf doch perfect geworden, und man muß, so meint die „Neue Freie Presse", annehmen, daß Mittel und Wege gefunden wurden, die gefürchtete Umwandlung der Herrschaft in ein Jagdgebiet doch zu verhindern, so daß den Interessen der dortigen Bevölkerung Rechnung getragen wird.

* Unter der Spitzmarke „Deutschland, Deutschland über Alles" bringt die „Nowoje Wremja" einen schäumenden Leitartikel über die Rede des Prinzen Ludwig, den sie in frecher Fälschung beschuldigt, die Deutschen aller Länder zum Aufstande gegen ihre Herrscher aufgereizt zu haben!

So hört die Stimme des Reichs, die in den Klängen echtester Münchener Bronze (wie gestern!) zu euch herunklingt, hört sie noch ihr Deutschen der Welandbeuten und Neu-Rußlands, und ihr Deutschen der Krim, und ihr Deutschen des baltischen Gestades, Deutsche Oesterreichs, in Elsaß und Lothringen, in Dänemark, in Holland, ihr Deutschen des freien Amerika, hört und jetzt die Ohren! Es hat nichts zu bedeuten, daß ihr Treue geschworen habt den Staaten, die euch aufnahmen, als ihr kein Obdach hattet, die euch kleideten, als ihr nackt waret, und euch sättigten, als ihr hungertet! Es soll für euch keine andere Treue geben, als die Treue zum Reiche, das der große Bismarck „mit Blut und Eisen" geschaffen hat . . . . Das ist der wahre Sinn der in München gesprochenen Rede. Die deutsche Presse hält sie für ein Ereigniß; die österreichischen Deutschen sollen in ihr den Beginn einer neuen Aera begrüßen — die Aera des Triumphes über das sie knechtende slawische Element; die germanisirten Zieheuer sollen sich der Wiedergeburt Italiens freuen, das in die Ordnungen des alten heiligen Reiches zurückkehrt und in einige Modenas, Toskanas und dergleichen mehr Theilherrschaften gerissen werden soll, die dem Reiche blind treu sind!

Die Welt soll noch weiterhin zittern vor zahlreichen Armeen der verbündeten Mächte und vor dem wahren ausschließlich deutschen Geist pangermanischer Treue. . . . Unserer Meinung nach kann die Rede des jungen bayerischen Prinzen keine andere Bedeutung haben als die eines unanständigen Ausfalls. Prinz Ludwig trägt noch nicht die Krone und erlaubt sich über die Kronen des hl. Stephan und des hl. Wenzel sowie der übrigen österreichischen Länder zu verfügen, wie mit Objecten, die keine Berechtigung verdienen ꝛc."

Dazu bemerkt die „Kreuzzeitung":

Die Brause der russischen Zeitung knüpft dann an unseren Artikel „Unsere Beziehungen zu Rußland", wobei sie, wiederum unter Ausführungszeichen, sagt, indem sie uns sagen läßt: „wir sind bereit, zu dem früheren freundschaftlichen Beschützen Rußlands zurückzukehren", und diesen Artikel in Beziehung zu der Münchener Rede setzt als „Mobilisation des Pangermanismus".

Auf alle diese Dinge giebt es keine Antwort als jene Verachtung, die notorischen Fälschern gebührt. Welche politische Gesinnung Deutschland gegenüber in den Kreisen herrscht, die von der „Nowoje Wremja" ihre Nahrung ziehen, dürfte aber nach obigen Proben wohl für Niemanden mehr dunkel sein!

* Die Nachrichten aus und über Kreta deuten, ohne gerade direct alarmirend zu lauten, immerhin einen Thatbestand an, der auf einen nicht zu unterschätzenden Ernst der dortigen Sachlage schließen läßt. Bei der sattsam bekannten, prekären Beschaffenheit der Orientdinge hat es immer sein Bedenkliches, wenn gelegentlich auftauchende Zwischenfälle nicht ebenso schnell wieder verschwinden, wie sie entstanden, sondern ein längeres Dasein fristen. Sie wachsen sich dann gern aus relativ belanglosen Vorkommnissen zu kritischen Gebilden aus, deren im Vorhinein unberechenbare Wendungen die Möglichkeit tieferer Verwickelungen unter Umständen nahe legen. Wenngleich nun auch Deutschland an der Orientfrage im Allgemeinen kein unmittelbares Interesse nimmt und um Kretas willen insbesondere nicht die Knochen eines einzigen Musketiers einsetzen würde, so kann es dem deutschen Reiche in seiner Eigenschaft als europäische Macht dennoch keineswegs gleichgiltig sein, ob die Sache des Völkerfriedens durch den Eintritt von Störungen im Osten unseres Welttheils gefährdet und die Orientfrage gerade an einer Stelle aufgerollt zu werden droht, von wo die Politiker es noch bis vor Kurzem am wenigsten vermuthet hätten. Isolirt betrachtet, möchte die kretensische Frage ruhig sich selbst überlassen bleiben und nach Erschöpfung des vorhandenen Brandstoffes ihrem allmäligen Erlöschen entgegengehen; als Gradmesser der politischen Gesammttemperatur im Orient aber erhält die kretensische Frage eine die Grenzen ihres unmittelbaren Bereiches nicht unerheblich überschreitende Tragweite, welche den mit Wahrung der Interessen des Weltfriedens betrauten Factoren eine unausgesetzte, scharfe Controle der weiteren Entwickelung des kretensischen Zwischenfalles von Etappe zu Etappe zur Pflicht macht.

* Am Montag Nachmittag begann die Sorbonne-Feier zu Paris in der prachtvoll ausgeschmückten Aula um 2½ Uhr. Unter den geladenen Gästen waren ungefähr tausend französische und ausländische Studirende. Unter letzteren waren so ziemlich alle Nationalitäten mit Ausnahme der deutschen vertreten. Die Studenten erschienen in ihrer Tracht und mit ihren Bannern. Gegen 3 Uhr verkündeten Hochrufe die Ankunft Carnot's. Als der Präsident, gefolgt von den Ministern und seinen militairischen Begleitern, eintrat, erhob sich die Versammlung von den Sitzen und begrüßte ihn mit Hochrufen. Zugleich fiel die Musik mit der Marseillaise ein. Ein warmer Empfang wurde zugleich auch Jules Ferry bereitet, der unter den akademischen Bürgern sehr beliebt ist. Nachdem Carnot Platz genommen, hielt Gerard, der stellvertretende Rector der Pariser Universität, die Festrede. Er begrüßte den Präsidenten als den Erben eines großen Namens, als einen Mann, welcher der Träger der Gewalt geworden sei durch die Achtung des Volkes, der in seinem Rechtlichkeitssinn und in seiner Ehrenhaftigkeit Frankreich verkörpere. Gerard warf schließlich einen Rückblick auf die Geschichte der Entwickelung der europäischen Universitäten. Nach einer weiteren Ansprache seitens des Präsidenten des Gemeinderaths wandte sich der Unterrichtsminister Fallières in langer Rede an die Versammlung. Er verherrlichte die Pariser Universität, welche lange Zeit weit über die französischen Grenzen hinaus geleuchtet habe, wandte sich schließlich an die französischen Studirenden, indem er sie ermahnte, dieser Macht der Wissenschaft stets eingedenk zu sein und sich ihrer zu bedienen, um die Herzen für Frankreich zu gewinnen. Die ersten also Gewonnenen seien die Vertreter der studirenden Jugend, welche heute aus dem Auslande der Einladung der französischen Studentenschaft Folge geleistet hätten. Diese Studirenden aus der Fremde